

<b>Wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung in den 50er Jahren</b> .....	<b>2</b>
Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen in der Bundesrepublik .....	2
Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in den Bundesrepublik in den 1950er Jahren.....	3
Wirtschaftliche Aufbauleistung in der Bundesrepublik und politische Stabilisierung.....	4
Bundesrepublik – Innere Entwicklung in den 50er Jahren .....	6

## **Wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung in den 50er Jahren**

### **Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen in der Bundesrepublik**

**Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen** als Grundlage für das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik waren:

- Entscheidung für die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft
- Währungsreform und stabile Währung
- Einstellung der Demontagen
- Ende der Produktionsbeschränkungen
- Förderung durch Marshallplan-Gelder (ERP)
- Steigende Exporterlöse (vor allem nach dem Korea-Krieg), verursacht durch
  - Unterbewertung der D-Mark gegenüber anderen Währungen
  - Steuervorteile
  - staatliche Bürgschaften
- billige Rohstoffimporte
- Arbeitskräftepotential und Lohndruck bei zurückhaltender Tarifpolitik der Gewerkschaften
- Londoner Schuldenabkommen der Bundesrepublik (27.2.1953) mit der damit verbundenen Einschätzbarkeit und vollen Konvertibilität der D-Mark
- Gründung der Deutschen Bundesbank 1957 und Kontrolle des Geldmarktes

## Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in den Bundesrepublik in den 1950er Jahren

Die Stabilisierung des politischen und gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik geht auf das Zusammentreffen verschiedener Faktoren zurück:

- innenpolitische **Stabilität** durch eher konservative Politik,
- außenpolitische Stabilität durch enge Anlehnung an den Westen und fortschreitende Westintegration,
- hohes wirtschaftliches **Wachstum** und Exportboom („Wirtschaftswunder“),
- Anstieg der **Sozialleistungen**, Lastenausgleich, Rentenformel,
- gesellschaftlicher **Grundkonsens**, den Wiederaufbau zu bewältigen und die Heimatvertriebenen einzugliedern.

**Innenpolitisch** war für die Stabilität der Entwicklung ausschlaggebend, dass das Grundgesetz eine starke Stellung des Kanzlers in der Politik vorsah. Adenauer selbst erschien als Persönlichkeit der Garant für eine konfliktfreie, ruhige Entwicklung in den im Grunde konservativen Bahnen des Bürgertums („Keine Experimente“ als Wahlslogan der CDU). Die Gewerkschaften verzichteten auf eine Konfrontationspolitik und gaben stattdessen dem Wiederaufbau Vorrang.

**Außenpolitisch** gingen Adenauer und die von ihm geführten Bundesregierungen von der Grundüberlegung aus, dass allein die Westintegration der Bundesrepublik Sicherheit sowohl vor einer Instabilität verursachenden „Schaukelpolitik“ zwischen West und Ost als auch vor sowjetischen Absichten, Deutschland zu neutralisieren, bot – was nicht weniger politische Instabilität verursachen würde. Sie würde insofern zur Wiedervereinigung führen, als die Sowjetunion nur durch die Geschlossenheit des Westens, beeinflusst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich, zu einer Änderung ihrer Deutschlandpolitik gebracht werden könnte.

Politische Stabilität wurde auch dadurch erreicht, dass die Politik der Bundesregierung auf Rückhalt bei den Westmächten stieß und schnell weiteren Zugeständnissen und Erleichterungen mit sich brachte.

Im **Bereich der Wirtschaft** sorgte das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, die einen dritten Weg zwischen dem „klassischen“ Wirtschaftsliberalismus und den dirigistischen Konzepten des Sozialismus verwirklichte, für Stabilität und inneren Frieden. Die Marshallplanhilfe und die schnelle Beendigung der Demontagen führten dazu, dass die deutsche Industrie schnell wieder auf hohem Niveau produzierte. Im Gefolge des Koreakriegs und des dadurch steigenden Exports **boomte** die deutsche Wirtschaft. Kennzeichnend für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre wurde die Vollbeschäftigung. Seit dem ersten Wohnungsbaugesetz 1950 gehörte zu den tragenden E-

lementen des wirtschaftlichen Aufschwungs der Wohnungsbau, ergänzt durch staatliche Subventionen bei der Kapitalbildung.

Die Bundesregierung konnte in den 50er Jahren **soziale Errungenschaften** von weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung durchsetzen:

- Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie 1951,
- Lastenausgleichsgesetz 1952,
- Betriebsverfassungsgesetz 1952,
- Einführung des Kindergelds als Teil des Familienlastenausgleichs 1954.
- Reform der Rente: „Dynamische Rente“ nach dem „Generationenvertrag“ 1957.

In der Gesellschaft der Bundesrepublik bestand ein **Grundkonsens**, die Nachkriegszeit durch erhöhte Leistungen zu überwinden. Das zeigte sich in der zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften, wurde aber auch dadurch begünstigt, dass es verstanden wurde, Konfliktfelder zu neutralisieren. Das ist in erster Linie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Heimatvertriebenen, auch durch das Lastenausgleichsgesetz, aber auch die Integration der Spätheimkehrer, der Opfer des Nationalsozialismus, der Flüchtlinge aus der DDR - und schließlich der ehemals aktiven NS-Anhänger. Das ist weiterhin die Einführung fundamentaler Mitbestimmungsrechte.

Insgesamt gesehen ist es das beispiellose Wirtschaftswachstum, verbunden mit der Stabilität der Kanzlerdemokratie und dem Fortschritt in den sozialen Leistungen des Staates, was zu einer hohen Akzeptanz der politischen Ordnung und der Westintegration in der Bevölkerung führte. Bei der Bundestagswahl 1957 erhielten CDU und CSU zusammen mit 50,2 % der Stimmen die absolute Mehrheit.

## **Wirtschaftliche Aufbauleistung in der Bundesrepublik und politische Stabilisierung**

Die **wirtschaftliche Aufbauleistung** in der Bundesrepublik wird mit dem Begriff „Wirtschaftswunder“ belegt. Es begann bereits mit der Währungsreform und hatte die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, die dieser bereits als Direktor des Frankfurter Wirtschaftsrats vertrat, zur Basis. Das ist die „**Soziale Marktwirtschaft**“, die versuchte, die Vorteile der freien Marktwirtschaft mit der Sorge für soziale Sicherungen zu verbinden.

Dass die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft für den schnellen Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft verantwortlich war, lag vor allem daran, dass sie die eigene Leistung in den Vordergrund stellte und so einen wichtigen **Gegenpol**

**zur Sozialisierung** in der sowjetischen Besatzungszone bot. Mit dieser Politik waren die Sozialisierungspläne, die noch die ersten Nachkriegsjahre gehegt worden waren, ad acta gelegt.

Ein weiterer Grund für den wirtschaftlichen Aufschwung lag in der zunehmend auf wirtschaftliche Stärkung gerichteten **Politik der Alliierten**, die bald zu einem Ende der Demontagen und der Produktionsbeschränkungen führte. Die finanziellen Mittel, die der Marshall-Plan in die Westzonen fließen ließ, unterstützten den Wiederaufbau der Industrie. Die industriellen Anlagen waren nicht so stark zerstört wie zunächst angenommen, das Produktionspotential entsprach im allgemeinen dem Vorkriegsstand und war gegen Ende der vierziger Jahre schon auf relativ modernem Niveau. Die Industrie mit ihrer hohen Produktivität konnte so, bedingt durch den Korea-Krieg und die Unterbewertung der D-Mark, bald auf dem Exportmarkt große Erfolge erzielen. Das hatte ein rapides Wirtschaftswachstum und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit zur Folge.

Diese Erfolge in der Wirtschaftspolitik wirkten sich unmittelbar auf die **Konsummöglichkeiten** der Bevölkerung aus, auch wenn die Gewerkschaften, um den Wiederaufbau nicht zu stören, eine recht gemäßigte Lohnpolitik betrieben. Wirtschaftlicher Erfolg und Konsum wurden unmittelbar der Regierung und dem neuen demokratischen System zugeschrieben und zeigten sich in den Ergebnissen der Bundestagswahlen der 50er Jahre.

Mit diesen positiven wirtschaftlichen Erfolgen hatte die Bundesregierung auch die Möglichkeit, die drängenden **sozialen Probleme** anzugehen. 8,8 Millionen Vertriebene und 2,5 Millionen DDR-Umsiedler waren nicht nur zu integrieren, was durch den Arbeitsmarkt recht gut zu bewältigen war, sondern waren auch für ihre erlittenen Verluste zu entschädigen - wie übrigens auch die Opfer der Luftangriffe während des Krieges. Diese Entschädigung wurde aus dem immobilien Vermögen durch die Mittel des **Lastenausgleichs** zur Verfügung gestellt und umfasste bis 1989 die Summe von 134 Milliarden DM.

Weitere soziale Leistungen waren:

- \* Einführung der Vermögensbildung für Arbeitnehmer (Bausparverträge etc.),
- \* Kriegsoferentschädigungen,
- \* Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Angestellte und ab 1961 für Arbeiter,
- \* und schließlich die Dynamisierung der Renten mit der Koppelung an die Lohnentwicklung.

Einen wesentlichen Anteil an der Festigung der Demokratie hatten natürlich die Erfahrungen mit der Katastrophe des Hitlerregimes und des 2. Weltkriegs einerseits, mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung, wie er in der DDR verwirklicht wurde, andererseits. Damit waren die autoritären und totalitären planwirtschaftlichen Regime beider politischer Richtungen grundlegend **diskreditiert**. Die zielstrebig verfolgte **West-**

**integration** der Bundesrepublik, die ebenfalls auf der Hintergrund einer als latent angesehenen Gefährdung durch den Osten Sicherheit versprach, und die Attraktivität des „American Way of Life“ taten ein Übriges.

Damit war ein individueller Wohlstand erreicht, die Bevölkerung verspürte ein hohes Maß an sozialer und wirtschaftlicher Zufriedenheit. Das führte allerdings auch dazu, dass sowohl die eigene Vergangenheit als auch die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohlstand („Fresswelle“) verdrängt wurden.

Das Ergebnis war eine Stabilität der Demokratie, die sich in der Person des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und seiner 14jährigen Kanzlerschaft zu kristallisieren schien. Das auf den Kanzler zugeschnittene politische System der Bundesrepublik („**Kanzlerdemokratie**“) verstärkte diese Tendenz, ebenso die immerwährende Auseinandersetzung mit dem Feindbild des Kommunismus mit ihrer integrierenden Wirkung auf die westdeutsche Politik und Gesellschaft.

## **Bundesrepublik – Innere Entwicklung in den 50er Jahren**

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik ist vor allem durch folgende vier Faktoren geprägt:

- innenpolitische **Stabilität** durch eher konservative Politik,
- hohes wirtschaftliches **Wachstum** und Exportboom („Wirtschaftswunder“),
- Anstieg der **Sozialleistungen**, Lastenausgleich, Rentenformel,
- gesellschaftlicher **Grundkonsens**, den Wiederaufbau zu bewältigen und die Heimatvertriebenen einzugliedern.

Dazu tritt die außenpolitische Stabilität durch enge Anlehnung an den Westen und fortschreitende Westintegration, die ebenfalls Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation hatte.

**Innenpolitisch** war für die Stabilität der Entwicklung ausschlaggebend, dass das Grundgesetz eine starke Stellung des Kanzlers in der Politik vorsah. Adenauer selbst erschien als Persönlichkeit der Garant für eine konfliktfreie, ruhige Entwicklung in den im Grunde konservativen Bahnen des Bürgertums („Keine Experimente“ als Wahlslogan der CDU). Die Gewerkschaften verzichteten auf eine Konfrontationspolitik und gaben statt dessen dem Wiederaufbau Vorrang.

Im **Bereich der Wirtschaft** sorgte das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, die einen dritten Weg zwischen dem „klassischen“ Wirtschaftsliberalismus und den dirigistischen Konzepten des Sozialismus verwirklichte, für

Stabilität und inneren Frieden. Die Marshallplanhilfe und die schnelle Beendigung der Demontagen führten dazu, dass die deutsche Industrie schnell wieder auf hohem Niveau produzierte. Im Gefolge des Koreakriegs und des dadurch steigenden Exports **boomte** die deutsche Wirtschaft. Kennzeichnend für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre wurde die Vollbeschäftigung. Seit dem ersten Wohnungsbaugesetz 1950 gehörte zu den tragenden Elementen des wirtschaftlichen Aufschwungs der Wohnungsbau, ergänzt durch staatliche Subventionen bei der Kapitalbildung.

Die Bundesregierung konnte in den 50er Jahren **soziale Errungenschaften** von weitreichender gesellschaftliche Bedeutung durchsetzen:

- Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie 1951,
- Lastenausgleichsgesetz 1952,
- Betriebsverfassungsgesetz 1952,
- Einführung des Kindergelds als Teil des Familienlastenausgleichs 1954.
- Reform der Rente: „Dynamische Rente“ nach dem „Generationenvertrag“ 1957.

In der Gesellschaft des Bundesrepublik bestand ein **Grundkonsens**, die Nachkriegszeit durch erhöhte Leistungen zu überwinden. Das zeigte sich in der zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften, wurde aber auch dadurch begünstigt, dass es verstanden wurde, Konfliktfelder zu neutralisieren. Das ist in erster Linie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Heimatvertriebenen, auch durch das Lastenausgleichsgesetz, aber auch die Integration der Spätheimkehrer, der Opfer des Nationalsozialismus, der Flüchtlinge aus der DDR - und schließlich der ehemals aktiven NS-Anhänger. Das ist weiterhin die Einführung fundamentaler Mitbestimmungsrechte.

Im gesellschaftlichen Bereich überwogen aber auch **Konfliktscheu** und **Harmoniestreben**, so dass auf der einen Seite eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit unterblieb, auf der anderen Seite sich die Bundesbürger in die Innerlichkeit ihres Privatlebens zurückzogen und Heimatfilme und romantische Musikfilme konsumierten. Dazu trat für immer breitere Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, das jahrzehntelang aufgestaute Konsumbedürfnis zu befriedigen - teils in der „Fresswelle“, teils in der wieder gewonnenen und durch den rapiden Anstieg des Wohlstands ermöglichten Reisewelle.

War die politische Mentalität von der Abwehr all dessen gekennzeichnet, was eine „ruhige“ Entwicklung im Sinn der Verdrängung von Konfliktfeldern verhindert hätte, stand sie immer unter dem Eindruck der kommunistischen Diktatur im Osten, die am 17. Juni 1953 in der DDR und 1956 beim Aufstand in Ungarn ihr brutales Gesicht gezeigt hatte. Die junge Demokratie der Bundesrepublik sah sich sowohl von rechts als auch von links unter dem Druck

verfassungsfeindlicher Kräfte. 1952 wurde die Sozialistische Reichs-Partei (SRP) als Nachfolgeorganisation der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht verboten, 1956 die Kommunistische Partei (KPD).

**Antikommunismus** war von daher einer der Grundzüge des politischen Lebens, wenn auch nicht so deutlich formuliert wie in der Kommunistenjagd unter McCarthy in den USA. Abgrenzung zum System der kommunistischen Diktatur war fast selbstverständlich, nachdem Tag für Tag Flüchtlinge aus der DDR (die man immer noch als „Zone“ bezeichnete) in die Bundesrepublik kamen. Die Abgrenzung war aber auch in dem Sinn geboten, als man in der Zeit des Kalten Krieges auf den politischen Rückhalt bei den Westmächten angewiesen war.

Insgesamt gesehen sorgten das beispiellose Wirtschaftswachstum, die Stabilität der Kanzlerdemokratie und der Fortschritt in den sozialen Leistungen des Staates für eine hohe Akzeptanz der politischen Ordnung im Innern und im Äußeren in der Bevölkerung.